



Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung
Abteilung I/6
z.Hd. Frau Mag. Christine Perle
Minoritenplatz 5
1014 Wien

Abteilung für Bildungspolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | Postfach PF 108
A-1045 Wien
T 05 90 900-DW | F 05 90 900-261
E bp@wko.at
W <http://wko.at/bildung>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
BMWF-52.250/0161-I/6/2010	Bp/H-II/200/7/10/Sche/Fr Dr. Klaus Schedler	4088	16.12.2010

Entwurf einer Änderung des Universitätsgesetzes 2002 UG Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Mag. Perle!

Die Wirtschaftskammer Österreich nimmt zu dem im Betreff angeführten Gesetzesvorhaben wie folgt Stellung:

ad § 63 (1) Z 6

Die Verpflichtung zur Inanspruchnahme einer Studienberatung vor der Zulassung zu einem grundständigen Studium ist zu begrüßen. Wir bedauern allerdings, dass sich in den Erläuternden Bemerkungen im Klammersausdruck Begriffe wie „Informationstätigkeiten“ oder „Teilnahme an Informationsgesprächen“ finden, die wenig geeignet sind, die Notwendigkeit einer ernsthaften und fundierten Studieninformation hervorzuheben.

ad § 124 c

Die Intention zur Ermöglichung kapazitätsorientierter Zulassungsverfahren bei besonders stark nachgefragten Studienrichtungen wird von uns grundsätzlich unterstützt. Gleichzeitig weisen wir jedoch darauf hin, dass uns die im Entwurf vorgesehene Mindestzahl zuzulassender Hörer auf Basis der Zulassungsziffern der letzten 5 Vorjahre nicht geeignet erscheint, in der betreffenden Studienrichtung jene erforderliche Entlastung zu gewährleisten, die für ein qualitativ hochstehendes Studienangebot als Voraussetzung gelten muss. Vielmehr empfehlen wir, die Studienplatzkapazität auf der Grundlage der Absolventenzahlen festzulegen, wobei man die Anzahl zuzulassender Studienanfänger zur Berücksichtigung von Studienabbrechern um 20 bis 30

Prozent erhöhen kann. Aufgrund einer solchen Festlegung sind aus unserer Sicht auch bei den allenfalls betroffenen wirtschaftsnahen Studienrichtungen im Unternehmenssektor keine Engpässe hinsichtlich des jährlichen Neuangebots an Hochschulabsolventen zu befürchten.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Vorschläge.



Dr. Christoph Leitl
Präsident

Freundliche Grüße



Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin